



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

zu „Rente für die Zukunft sichern - Altersarmut verhindern“ (Drs. 19/144)

Funktionsfähigkeit des Rentensystems auch in Zukunft sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Vertrauen in die Rente und deren dauerhafte Sicherheit sind Kernelemente eines solidarischen Miteinanders in der Gesellschaft und eines gerechten Vertrages der Generationen. Aufgabe des politischen Handelns ist es, das Vertrauen in und die Funktionsfähigkeit des Rentensystems sicherzustellen.

Möglichst viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse - inzwischen mehr als 44 Millionen - sind wesentlich für die Finanzierung der Renten. Jeder Schritt zur Vollbeschäftigung ist auch ein Schritt zur verbesserten Finanzierung der Renten. Deshalb sind gute Bildung und qualifizierte Ausbildungs- wie Arbeitsverhältnisse auch in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

Gleichwohl wird es zur dauerhaften persönlichen Rentensicherung von Bedeutung sein, möglichst auch private Vorsorge zu treffen. Dies kann in verschiedener Weise geschehen - zum Beispiel durch verbesserte Formen einer vom Staat unterstützten alterssichernden Vermögensbildung. Reduzierte steuerliche Belastungen könnten eine Möglichkeit sein, die Akzeptanz und die finanziellen Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger für eine stärkere private Vorsorge für das Alter zu verbessern. Ein weiterer Bestandteil für eine lebensstandardsichernde Alterssicherung ist auch die betriebliche Rente.

Eine Erhöhung der jetzigen fixen Regelaltersgrenze streben wir nicht an. Das heutige Rentenniveau sollte nicht weiter fallen.

Die Angst vor Altersarmut ist weit verbreitet. Altersarmut trifft vor allem Geringverdienende, Erwerbsgeminderte, Frauen und Teilzeitbeschäftigte und zum Teil auch Selbstständige. Zur Vermeidung von Altersarmut sind ausreichende Löhne, gleiche und faire Bezahlung, gute Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Bedeutung. Wir erwarten von der nächsten Bundesregierung ein entschiedenes Eintreten und konkrete Maßnahmen gegen Altersarmut.

Werner Kalinka
und Fraktion

Marret Bohn
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion